

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 01/21

15.01.2021



Bereit für die Wahl des neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands: Wie viele andere Delegierte und die breite Öffentlichkeit ist auch Matthias Hauer MdB auf den kommenden Bundesparteitag gespannt.

Spahn: Impfstart gibt Zuversicht für 2021

Mit Start der Impfkampagne am 27. Dezember des vergangenen Jahres ist der entscheidende Schritt getan, die Corona-Pandemie zu besiegen. Das hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einer Regierungserklärung am 13. Januar im Deutschen Bundestag gesagt. „Wir sehen Licht am Ende des Tunnels“, betonte der Minister. „Bis zum Sommer werden wir allen Deutschen ein Impfangebot machen können.“ Spahn wies Kritik am europäischen Vorgehen und den eingekauften Mengen bei der Impfstoffbeschaffung zurück: Der Grund, dass es den Impfstoff noch nicht für alle gibt, läge in den fehlenden Produktionskapazitäten und nicht in fehlenden Verträgen, sagte er. Auch weil derzeit vor allem mit mobilen Teams in Pflegeeinrichtungen geimpft werde, dauere es länger. Sobald vollständig in den Impfzentren in eingespielten Prozessen geimpft werden kann, wird es auch viel schneller gehen und werden viel mehr Menschen geimpft werden können. Spahn bedankte sich bei allen, „die mithelfen, dass die größte Impfkampagne in der Geschichte unseres Landes so gut angelaufen ist.“ Er appellierte zudem an die Impfbereitschaft der Bevölkerung: „Wirklich besiegen können wir dieses Virus nur, wenn sehr, sehr viele bereit sind, sich impfen zu lassen.“ Dafür sei die ordentliche Zulassung der Impfstoffe in der Europäischen Union entscheidend gewesen.

Demokratie stärken: Bundestag debattiert den Sturm auf das US-Kapitol

Eine Woche nach dem Sturm auf das Kapitol in Washington hat der Bundestag darüber debattiert, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland sowie weltweit gestärkt werden können. Viele der Redner zogen dabei auch Parallelen zum August vergangenen Jahres. Damals hatten Anhänger der Querdenker-Bewegung versucht, das Reichstagsgebäude zu stürmen. „Auch bei uns gibt es eine Flut von Falschinformationen, Populismus und Politikern der AfD, die die Stimmung anheizen“, betont Matthias Hauer MdB. „Wir sollten alle dafür kämpfen, unsere Demokratie zu stärken und zu verteidigen.“ Am 6. Januar hatte Noch-Staatspräsident Donald Trump seine Anhänger in den USA dazu aufgerufen, zum Sitz des Parlaments zu ziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes neues Jahr – mit Glück, Gesundheit und Gottes Segen. Seit Monaten befinden wir uns in einer Ausnahmesituation. Besonders viel Kraft wünsche ich denjenigen, die gesundheitlich angeschlagen sind, Angehörige pflegen oder im zurückliegenden Jahr einen Schicksalsschlag erlitten haben.

Wie viele Delegierte in ganz Deutschland freue ich mich auf den Bundesparteitag der CDU, der heute beginnt. Morgen wird ein neuer Bundesvorsitzender gewählt. Mir geht es bei dieser Entscheidung vor allem um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ob Corona, Klimapolitik oder Flüchtlinge – es wird viel gespalten und polarisiert. Wir brauchen einen CDU-Vorsitzenden, der verschiedene Strömungen zusammenbringt. Aus meiner Sicht steht dafür gerade Ministerpräsident Armin Laschet im Team gemeinsam mit Jens Spahn. Die Entscheidung zum Parteivorsitz ist kein Automatismus für eine Kanzlerkandidatur, hat aber dennoch große bundespolitische Bedeutung.

Ich freue mich, wenn wir auch 2021 weiter im Austausch bleiben. Bei Fragen und Anregungen nehmen Sie gerne Kontakt zu mir auf oder wenden sich an mein Team (siehe S. 4).

Ihr

Matthias Hauer MdB



Berlin

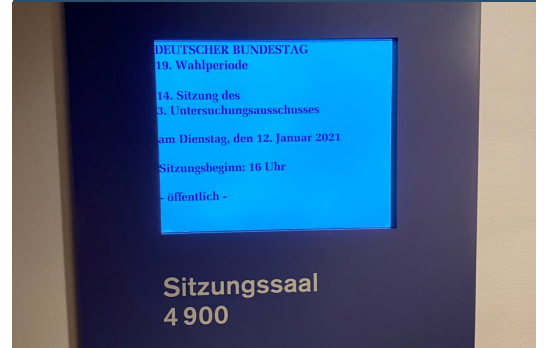


Gleich an drei Tagen haben die Mitglieder des Wirecard-Untersuchungsausschusses in dieser Woche Zeugen befragt. Das Bild zeigt Unions-Obmann Matthias Hauer MdB vor der Sitzung am Donnerstag.

Banken-Chefs im Untersuchungsausschuss

Im Wirecard-Untersuchungsausschuss wurden in dieser Woche die Spitzen der kreditgebenden Banken des Zahlungsdienstleisters vernommen. Auch aufgrund der Kredite war es Wirecard gelungen, die Mär vom Fintech-Wunder lange aufrecht zu erhalten. Die Banken-Vertreter bestätigten dem Ausschuss, dass das Leerverkaufsverbot der BaFin eine bestätigende Rolle bei den Kreditentscheidungen der Banken spielte. Dass die Kreditvergabe an Wirecard jedoch keine Selbstverständlichkeit war, zeigt die frühzeitige Entscheidung der Bayerischen Landesbank, die Geschäftsbeziehungen zu beenden. Weiter in den Fokus der Abgeordneten rückte auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Ex-Commerzbank-Chef Zielke bestätigte, dass Scholz Wirecard bei einem Gespräch im Juni 2020 zur Sprache brachte. „Herr Scholz hat uns diese Information bisher vorenthalten und uns wiederholt unvollständige Informationen geliefert. Das ist inakzeptabel“, so Unions-Obmann Hauer. Auch ein Handel mit Wirecard-Aktien durch Mitarbeiter der kreditgebenden KfW IPEX-Bank kam im Untersuchungsausschuss ebenso zur Sprache wie die regelmäßigen Kontakte von Staatssekretär Dr. Jörg Kukies (SPD) zu Goldman Sachs-Chef Dr. Wolfgang Fink.

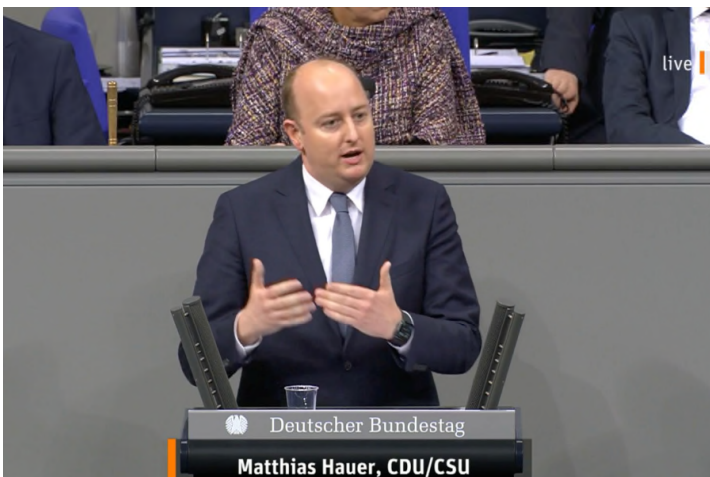
Untersuchungsausschuss



Anzeigetafel des Untersuchungsausschusses am 12. Januar

BMF hielt Informationen zurück

Bei der Zeugenvernehmung im Wirecard-Untersuchungsausschuss ist am 12. Januar u.a. Lars-Hendrik Röller befragt worden. Der Leiter der Wirtschafts- und Finanzabteilung im Bundeskanzleramt nahm dazu Stellung, weshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel Wirecard im Rahmen ihrer China-Reise 2019 zur Sprache brachte. Zu diesem Zeitpunkt lief bereits ein Eilverfahren wegen Verletzung von Finanzberichterstattungspflichten gegen das Unternehmen. Das Bundesfinanzministerium (BMF) entschied sich – wie eine Korrespondenz zwischen BaFin und BMF beweist – bewusst dagegen, das Bundeskanzleramt nicht über das Eilverfahren zu informieren. Matthias Hauer MdB kritisierte das BMF dafür sehr deutlich. Dieses Eilverfahren wäre eine „relevante Information“ gewesen, die das Bundeskanzleramt natürlich berücksichtigt hätte, betonte Röller.



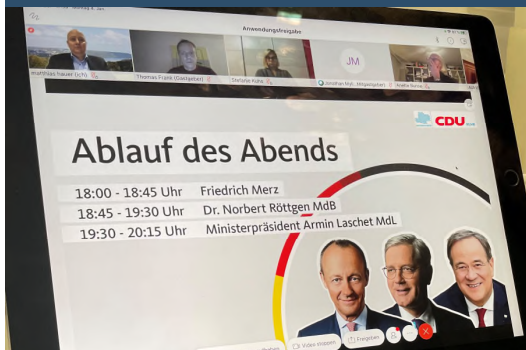
Mehrere Fraktionen wollen Dispozinsen staatlich deckeln. Das ist nicht der richtige Weg, betonte Matthias Hauer MdB in seiner Rede. @ Deutscher Bundestag

Transparenz bei Dispozinsen

Zum Thema „Dispozinsen deckeln – Zunahme privater Verschuldung infolge der Corona-Pandemie bekämpfen“ hat Matthias Hauer MdB am 13. Januar im Plenum eine Rede gehalten. Der zur Beratung stehende Antrag stammte von der Fraktion DIE LINKE. „Verschuldung und Überschuldung sind ein ernsthaftes Problem, das leider zu viele Menschen in Deutschland betrifft“, sagte er. „Die staatliche Deckelung der Dispozinshöhe ist jedoch kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung dieses Problems.“ Der Essener Bundestagsabgeordnete wies darauf hin, dass das Volumen der Überziehungskredite in den vergangenen Monaten – also in der Pandemie – nicht gestiegen sei. „Wenn man durch Deckelung der Dispozinsen dafür sorgt, dass Banken die Kontoführungsgebühren erhöhen oder Bargeldabhebungen verteuern, erweist man den meisten Kunden einen Bärendienst“, betonte er. Volle Kostentransparenz und die Beratungspflichten der Banken seien der richtige Weg.

Essen

Bundesparteitag der CDU



Videokonferenz zum Kandidaten-Check

Kandidaten-Check der CDU Ruhr

Am 4. Januar hat Matthias Hauer MdB als Delegierter für den Bundesparteitag der CDU an einer digitalen Diskussionsrunde zum Vorsitz der Bundespartei teilgenommen und die Kandidaten befragt. In der Videokonferenz haben sich Ministerpräsident Armin Laschet MdL, Friedrich Merz und Dr. Norbert Röttgen MdB den Fragen von Mitgliedern aus dem Ruhrgebiet gestellt. Am 16. Januar entscheiden dann die Delegierten über den neuen Vorsitzenden der CDU. Der Bundesparteitag der CDU findet erstmals aufgrund der Pandemie digital statt. Auch die Online-Wahl eines Parteivorsitzenden ist in Deutschland eine Premiere. „Der neue Vorsitzende sollte den Zusammenhalt der Partei stärken und alle Strömungen eng einbinden“, betonte Matthias Hauer. Der Kandidaten-Check der CDU Ruhr wurde von dem Nachrichtensender WELT live übertragen.



Am Aufbau des Essener Impfzentrums auf dem Messegelände waren die Feuerwehr Essen, Hilfsorganisationen und Kräfte der Stadtverwaltung sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein beteiligt.

Erfolgreicher Impfstart in Essen

Am 27. Dezember 2020 haben die Impfungen gegen das Corona-Virus in Essen begonnen. An den mobilen Impfstationen wurden bereits 7.292 Essenerinnen und Essener geimpft. Damit hat Essen eine Impfquote von derzeit 12,3 pro 1.000 Einwohner. In Nordrhein-Westfalen liegt die Impfquote bei 9,9 pro 1.000 Einwohner und in Deutschland insgesamt bei 11,6 pro 1.000 Einwohner (Daten: RKI/ Stadt Essen, Stand 15.01.). Damit weist Essen eine vergleichsweise hohe Impfquote auf. Die Impfungen gegen das Corona-Virus konnten in Essen ohne Schwierigkeiten oder allergische Reaktionen durchgeführt werden. „Für den reibungslosen Verlauf des Impfstarts möchte ich allen Fachkräften, die unermüdlich im Einsatz waren, herzlich danken“, sagte Matthias Hauer MdB. Am 6. Januar erteilte die Europäische Kommission die Zulassung für einen weiteren Impfstoff. „Bund und Länder haben bei der Beschaffung und Verteilung des Impfstoffs gegen das Corona-Virus gemeinsam mit unseren europäischen Partnern gehandelt. Ein nationaler Alleingang widerspräche der Idee der Europäischen Union“, erklärte der Bundestagsabgeordnete. Ab dem 1. Februar soll auch im Impfzentrum in der Messehalle 4 geimpft werden.

Schwarz-Grüne Kooperation im Rat

„Gemeinsam für eine moderne Metropole – Zukunft sichern, Zusammenhalt stärken“ – unter diesem Leitbild haben sich CDU und Bündnis 90/ Die Grünen am 22. Dezember 2020 auf eine Kooperation für die laufende Wahlperiode des Stadtrates verständigt. Dazu erklärte Matthias Hauer MdB: „Die Kooperation ermöglicht stabile Verhältnisse und eine verlässliche Mehrheit für die anstehenden politischen Entscheidungen. Sie trägt auch dem Willen der Wählerinnen und Wähler Rechnung, denn beide Partner sind gestärkt aus der Kommunalwahl hervorgegangen.“ Wichtige Punkte des Vertrags sind u.a. die Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes, höhere Investitionen in Bildung, bessere Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer sowie mehr Wohn- und Gewerbeflächen. Der Vertrag gilt bis zur Kommunalwahl 2025. Als Bundestagsabgeordneter ist Matthias Hauer der enge Austausch mit der Kommunalpolitik und deren konkreten Vorhaben für Essen wichtig.



Matthias Hauer MdB mit dem Kooperationsvertrag von CDU und Grünen für die Arbeit im Rat der Stadt Essen

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de
Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu
Instagram: instagram.com/matthias.hauer.mdb
Twitter: twitter.com/MatthiasHauer
Internet: matthias-hauer.de

